



AZ



Member of
ICOR **MLGS**
Marxistisch-Leninistische Gruppe Schweiz

ARBEITERINNEN ZEITUNG CORONA - EXTRA Blatt | April 2020

Zeitung der MLGS Marxistisch-Leninistische Gruppe Schweiz

Impressum | Kontakt | ViSdP.:

Arbeiterbildung Zürich, 8000 Zürich

Mail: info@MLGS.ch | www.MLGS.ch | www.ICOR.info

Das Corona-Virus und seine Begleiterscheinungen

Gesundheit schützen – demokratische Rechte verteidigen

In der gegenwärtigen Situation, wo sich die vom Corona-Virus ausgelöste Krankheit Covid-19 rasant ausbreitet und weltweit tausende von Todesopfern fordert müssen sich die Menschen schützen. Hygienemassnahmen und Abstandhalten sind dabei die zentralen Punkte. Ziel muss es sein, die Zahl der infizierten Menschen zu reduzieren, um Zeit zu gewinnen um mit Impfungen und/oder Medikamenten ursächlich immunisieren oder heilen zu können. Die ausser Kraftsetzung von demokratischen Rechten wie Ausgangssperre, Handyüberwachung, der Einsatz der Armee für die «innere Sicherheit» und staatliche Repression ist eine Bürgerkriegsübung und hat mit Seuchenbekämpfung nichts zu tun. Der Schutz der Gesundheit muss auch für alle gelten: nicht nur für jene, die Homeoffice machen können, sondern für die Werktätigen in den Fabriken, auf dem Bau, im Gesundheitswesen, im Supermarkt, die Pöstler*innen etc. Hier müssen die Massnahmen strikte eingehalten werden und die Werktätigen mit den notwendigen Schutzausrüstungen versorgt werden. Wo das nicht möglich ist müssen die Betriebe geschlossen werden mit 100% Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten. Das Kleingewerbe muss für den Umsatzausfall bedingungslos entschädigt werden.

Die kapitalistische Krise zeigt sich

Als wir vor der Corona-Zeit gefordert hatten, die Löhne und den Stellenschlüssel für das Personal im Gesundheitswesen endlich massiv zu erhöhen, in den Spitälern nicht nur Betten für das Allernötigste zu betreiben, sondern eine Reserve für Notfälle bereit zu halten, den ökologischen Umbau der Wirtschaft konsequent zu betreiben, da haben bürgerliche Politiker*innen, Wirtschaftsverbände und Ökonomin*nen im Chor geschrien: «Kein Geld da, der Staat ist verschuldet, der Markt muss es regeln etc.» Und nun, da das kapitalistische Wirtschaftssystem eben erst leicht ins Wanken gerät, fliessen von heute auf morgen Milliarden zu dessen Subvention und Ueli Maurer, unser «Schatzmeister» meint treuherzig «Wenn nötig hat es noch mehr». Woher kommt dieser «Geldsegen»? Definitiv nicht aus den Privatvermögen der Milliardäre, nicht aus den Reserven von Grossbetrieben oder Grossbanken. Der Staat lässt es erst einmal drucken und verteilt es schwerpunktmässig an die «systemrelevanten» Grossbetriebe, um es später wieder über Steuern und Abgaben bei der werktätigen Bevölkerung hereinzuholen. Aus der SVP, der FDP und der kapitalistischen «Denkfabrik» Avenir Suisse kommen schon die Forderungen den Gesundheitsschutz herunterzufahren – die Gesundheit der Werktätigen haben in diesen Forderungen keinen Platz.

Der Sozialismus ist die Alternative

Natürlich, auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung könnte Corona nicht verhindern, aber die Folgen wären anders. Das Gesundheitswesen ist auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt und müsste nicht «rentieren». Da die Werktätigen die politische Macht haben müsste nicht entschieden werden was nun notwendigerweise produziert wird, denn es wird nicht für einen kapitalistischen Markt zur Realisierung von privaten Profiten produziert, sondern für die Bedürfnisse der Menschen. Es bräuchte keine Katastrophenübungen, denn Solidarität, uneigennützig Hilfe und Disziplin sind Teil der sozialistischen Denk- und Lebensweise. Als Beispiel kann das kleine, vom US-Boycott gebeutelte Kuba gelten, dass

sich aus sozialistischen Zeiten ein gutes Gesundheitssystem erhalten hat. Kuba kann Ärzt*innen in die ganze Welt zu Hilfe schicken und ist führend in der Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten.

Wir fordern:

Zugang zu den Test's für alle – nur so können Massnahmen auch gezielt wirken

Schutzmasken für Alle und nicht nach «Angebot und Nachfrage»

Der Sicherheitsabstand gilt überall – wo das nicht geht müssen die Betriebe und Baustellen schliessen bei 100% Lohnfortzahlung

Kein Abbau der demokratischen Rechte – Gesundheitsschutz ist keine Bürgerkriegsübung

Corona – Der Bundesrat und die Maskerade

Bereits im eidgenössischen Pandemieplan von 2018 steht: „Schutzmasken verringern das Übertragungsrisiko und sind deshalb prinzipiell während der gesamten Pandemiewelle einsetzbar. Ihre Schutzwirkung ist allerdings sehr unterschiedlich... Der Schutzeffekt von Hygienemasken in Situationen mit grösseren Menschenansammlungen ist zweifacher Natur: Die Masken können einerseits bei bereits Infizierten die Ausbreitung der Keime durch Tröpfcheninfektion reduzieren, andererseits gesunde Personen bis zu einem gewissen Grad vor einer Ansteckung schützen. Dadurch reduziert sich das allgemeine Infektionsrisiko.“

Zuerst verkündete Daniel Koch vom BAG, dass Schutzmasken nur die Übertragung von Infizierten auf Gesunde eventuell eindämmen könnten. Mittlerweile wird nun zugegeben, dass sie auch Gesunden einen gewissen Schutz bieten. Statt klipp und klar zu sagen, dass es nicht genügend Masken für alle hat,

weil man offenbar wieder einmal Kosten für die Einlagerung sparen wollte wurde unter dem Deckmantel der „Wissenschaft“ die Wahrheit zu vertuschen versucht.

„Auf die eigene Kraft vertrauen!“ (Maostetung)
Wenn uns die Regierung im Stich lässt, müssen wir auf die eigene Kraft vertrauen. Bereits sind sehr viele Initiativen von der Bevölkerung ergriffen worden. Die Menschen organisieren die Solidarität, kaufen für ältere Menschen ein und unterstützen sich gegenseitig!

Die deutsche Stadt Essen zum Beispiel ruft ihre Bürger dazu auf, selber Masken zu produzieren. Diese geben wenigstens einen begrenzten Schutz. Im Internet sind etliche Anleitungen zu finden.

Solidarität zeigen heisst, Maske tragen und damit die Anderen schützen!

Keine Kurzarbeit für staatsnahe Betriebe?

Von Arbeitgeberverband bis zum „Gewerkschaftsökonom“ wird es als Unding bezeichnet das „staatsnahe“ Betriebe wie die Post, die SBB und auch das schweizer Fernsehen Kurzarbeit angemeldet haben. Die Post, sowie die SRG sind keine Staatsbetriebe mehr. Es würde nicht gehen dass „Staatsbetriebe jetzt Kurzarbeit anmelden“, „das belastet die Arbeitslosenkasse“, etc. so die Argumente. „Der Staat solle das direkt bezahlen.“, so D. Lampart/SGB. Plötzlich. Jahrelange wurde die Privatisierung gefordert und vorangetrieben und Profite auf dem Buckel der Kollegen verlangt. Dass diese jetzt wie jedes andere Unternehmen funktionieren und zum Beispiel von einbrechenden Werbeeinnahmen betroffen sind, was die Gefahr von Entlassungen bedeutet, ist logisch. Fakt ist, viele KollegInnen in diesen Betrieben arbeiten im Stundenlohn, haben keine Arbeit und bekommen dementsprechend keinen Lohn. Genauso logisch ist es,

dass die Kapitalisten und ihre Regierung die Kosten auf die Massen abwälzen wollen. „Es sollen in der Zeit der Coronakrise Überstunden, Ferien abgebaut und Minusstunden aufgebaut werden, die dann nach der Krise wieder reingefahren werden sollen“, so Arbeitgeberpräsident Vogt. Ob Finanzierung der Kurzarbeit mittels Arbeitslosenkasse oder mit einem direkten staatlichen Zuschuss für diese Betriebe, die Zeche sollen wir zahlen.

Jahre lang haben die Grosskonzerne fette Profite eingefahren, auch diese beantragen Kurzarbeitsgeld obschon ihre Taschen zum Bersten mit Geld gefüllt sind. Das ist die wirkliche Sauerei!

Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätigen! Die Konzerne sollen zahlen!

Vollständige 100% Lohnfortzahlung auf Kosten der Konzerne und Verbot von Entlassungen!